

Internet / Verwaltung

Rat ö 19.06.2012

TOP: Ö 4.6

Gremium: [Rat der Stadt Osnabrück](#) Beschlussart: ungeändert beschlossen

Datum: Di, [19.06.2012](#) Status: öffentlich/nichtöffentlich

Zeit: 17:00 - 19:50 Anlass: Sitzung

Raum: Rathaus, Ratssitzungssaal

Ort: Markt, Osnabrück

[VO/2012/1158 OpenData Osnabrück](#)

Status: öffentlich Vorlage-Art: Antrag

: ZG SPD-Fraktion/Fraktion Bündnis
90/Die Grünen; CDU-Fraktion

Federführend: Fraktion B90/Grüne Geschäftsstelle Bearbeiter: Thiem, Klaus

Beratungsverlauf:

Herr Bajus begründet den Antrag namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Er hebt die Bedeutung von Transparenz, Vertrauen und Beteiligung hervor. Er erläutert die Einzelheiten des umfangreichen Antragstextes und legt dar, dass insbesondere auch die Daten, die innerhalb der Verwaltung vorhanden seien, für den Bürger transparent gemacht werden sollen. Er verweist auf das derzeit in Osnabrück stattfindende Beteiligungsverfahren zum Bürgerhaushalt und darauf, dass bundesweit entsprechende Debatten zur Aufbereitung komplexen Datenmaterials laufen. Gleichzeitig verweist er auf entsprechende Initiativen für offene Portale, wie z. B. in Berlin. In Osnabrück werde die Hoffnung damit verbunden, auch neue Impulse für die regionale Wirtschaft auszulösen. Er stellt fest, dass die Stadt Osnabrück bei der Zurverfügungstellung von Informationen bereits relativ viele Angebote habe; leider fehle die systematische Herangehensweise an den Themenkomplex – auch unter politischer Betrachtung. Er äußert sich erfreut darüber, dass die Fraktionen von CDU und FDP den Antragswortlaut nunmehr ebenfalls mit tragen, und bedauert, dass die interfraktionelle Abstimmung nicht zu früherem Zeitpunkt herbeigeführt wurde.

Herr Henning erläutert namens der SPD-Fraktion, dass nach der vergangenen Kommunalwahl SPD und Grüne eine umfassende Vereinbarung darüber getroffen haben, neue Wege der Bürgerbeteiligung beschreiten zu wollen; als Beispiele nennt er hierzu die beschlossene Bürgerbefragung zur Entlastungsstraße West, den nachbarschaftlichen Dialog zum weiteren Vorgehen am Limberg, der Einrichtung eines Projektbeirates für die Neumarktplanung und den derzeitigen Prozess zum Bürgerhaushalt. Die Einrichtung eines OpenData Portals für Osnabrück sei als weiterer Baustein auf diesem Weg zu sehen.

Herr Bertels hebt namens der CDU-Fraktion die Bedeutung der gesellschaftlichen Teilhabe für alle Bürger in der heutigen Informationsgesellschaft hervor. Er spricht sich dafür aus, private und öffentliche Angaben, die für die Bevölkerung von Interesse sind, auf der Plattform OpenData zugänglich zu machen, wie z. B. auch aktuelle Arbeitsmarktzahlen. Von der Verwaltung werden allerdings zunächst Vorschläge darüber erwartet, welche finanziellen und personellen Ressourcen für die Umsetzung des Projektes erforderlich seien.

Herr Dr. Thiele hebt den einstimmigen Willen aller im Rat vertretenen Fraktionen zur stärkeren Schaffung von Transparenz hervor. Für die Umsetzung des Antrages sei viel redaktionelle Arbeit und Einsatz für die Weiterpflege des Angebotes erforderlich. Nach seiner Ansicht sei im Weiteren die Zurverfügungstellung einer eigenen „Osnabrück“-Adresse für jeden Osnabrücker Bürger erforderlich. Ferner hebt er die Notwendigkeit und Bedeutung öffentlich zugänglicher Hotspots in Jugendzentren und öffentlichen Einrichtungen als weitere Perspektive hervor.

Herr ter Veer begrüßt namens der Gruppe UWG/Piraten den vorliegenden Beschluss. Die Logik des Antrages sieht er darin, dass durch Steuergelder gewonnene Daten nunmehr dem Steuerzahler zugänglich gemacht werden sollen. Die Einrichtung eines OpenData Portals für Osnabrück sieht er als Grundbaustein auf dem weiteren Weg der Erschließung von Informationen. Er spricht sich dafür aus, im Weiteren z.B. bei Ausschreibungen zur Bedingung zu machen, dass die Ausschreibungsteilnehmer sich mit der Veröffentlichung der Ergebnisse einverstanden erklären.

Sodann führt Herr Ratsvorsitzender Thöle die Abstimmung über den Antrag der Zählergemeinschaft SPD/Bündnis 90/Die Grünen, der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion wie folgt herbei:

Beschluss:

Für eine aktive Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an politischen Entscheidungen, wirtschaftlicher Wertschöpfung und gesellschaftlichem Leben ist der Zugang zu Daten eine wichtige Voraussetzung. Je freier und einfacher dieser Zugang organisiert werden kann, umso stärker wird sich bürgerschaftliche Gestaltungskraft entfalten können.

Die Stadt Osnabrück ist in Bezug auf die Bereitstellung kommunaler Daten an einigen Stellen bereits auf einem guten Weg (Geodaten: <http://www.osnabrueck.de/23089.asp>; Statistik: <http://www.osnabrueck.de/18446.asp>). Dies soll im Rahmen des rechtlich Möglichen fortgesetzt und weiterentwickelt werden. Die Verwaltung wird deswegen beauftragt zu prüfen, inwieweit die Einrichtung eines OpenData-Portals für Osnabrück sinnvoll ist und ggf. eine zeitliche Perspektive zu entwickeln.

Auf diesem Portal sollen - unter Beachtung des Datenschutzes - vorhandene und noch zu erschließende Datenbestände öffentlicher und privater Einrichtungen gebündelt werden und zur kostenlosen Nutzung durch Dritte, unter Verwendung zweckmäßiger offener Lizenzen, maschinenlesbar und nicht proprietär (= nicht nur für ein spezielles herstellereigenes Computermodell verwendbar) der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen. Dafür in Frage kommen u.a.:

- die kommunal vorhandenen Datenbestände wie Geodaten (<http://www.osnabrueck.de/23089.asp>; (<http://www.osnabrueck.de/18446.asp>;) und Statistiken
- Kommunale Infos zu Wahlen, Ämtern
- Tourismusinformationen (Rad- und Wanderrouten, Sehenswürdigkeiten etc.)
- Arbeitsmarktdaten der AfA
- Wirtschaftsdaten von WFO, IHK und HWK
- Mobilitätsdaten
- (...)

Eine regionale Kooperation ist grundsätzlich sinnvoll und abzuwägen. Eine Kooperation mit Hochschuleinrichtungen, der ITEBO und vor allem auch privaten Interessierten ist zu prüfen. Orientierung kann OpenData Berlin (<http://daten.berlin.de/>;) oder OpenData Linz (<http://www.data.linz.gv.at/>;) geben. Verwiesen wird auch auf OpenData Baden-Württemberg (<http://opendata.service-bw.de/>;) und insbesondere auf <http://openlylocal.com/>;

Das weitere Vorgehen ist, nach Vorlage erster Überlegungen der Verwaltung und unter Berücksichtigung der finanziellen und personellen Auswirkungen, im Ausschuss für Organisationsangelegenheiten zu besprechen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **angenommen.**